

Gliederung	Seite
<u>Teil I: Problemstellung</u>	1
1. Der politische Streit um den Länderfinanzausgleich als Ausgangspunkt der Untersuchung	1
2. Der Ausgleich von Sonderbedarfen als Kern der Auseinandersetzungen und als Untersuchungsfrage	6
3. Aufbau der Arbeit	12
<u>Teil II: Einordnung des bedarfsorientierten ergänzenden Finanzausgleichs in das System der innerstaatlichen Aufgaben- und Einnahmenverteilung</u>	14
<u>1. Systematisierung der innerstaatlichen Aufgaben- und Einnahmenverteilung</u>	14
1.1. Die Aufgabenverteilung (der "passive" Finanzausgleich)	14
1.1.1. Der originäre passive Finanzausgleich	14
1.1.1.1. Abgrenzung des Katalogs öffentlicher Aufgaben	16
1.1.1.2. Bildung öffentlicher Aufgabenträger	17
1.1.1.3. Verteilung der öffentlichen Aufgaben auf die Aufgabenträger	18
1.1.2. Der ergänzende passive Finanzausgleich	25
1.1.2.1. Regelungen infolge inkongruenter Verteilung von Entscheidungs- und Durchführungs-kompetenz	26
1.1.2.2. Regelungen infolge externer Effekte	26
1.1.2.3. Regelungen infolge systematischer Fehlentscheidungen der entscheidungsbefugten Aufgabenträger	27
1.1.3. Interdependenzen zwischen den Regelungsbereichen des passiven Finanzausgleichs	29
1.2. Die Einnahmenverteilung (der "aktive" Finanzausgleich)	31
1.2.1. Der originäre aktive Finanzausgleich	31
1.2.1.1. Abgrenzung der öffentlichen Einnahmen	31
1.2.1.2. Die Verteilung der öffentlichen Einnahmearten auf die einzelnen Aufgabenträger	32
1.2.1.3. Typisierung der Verteilungsverfahren des originären aktiven Finanzausgleichs	36
1.2.1.4. Der "Vermischungsgrad" der originären Einnahmenverteilung	39
1.2.2. Der ergänzende aktive Finanzausgleich	39
1.2.2.1. Aus der Aufgabenverteilung abgeleitete Zuweisungen	40
1.2.2.2. Aus der originären Einnahmenverteilung abgeleitete Zuweisungen	41
1.2.3. Interdependenzen zwischen originärem und ergänzendem aktivem Finanzausgleich	44
<u>2. Die materielle Ausgestaltung des Länderfinanzausgleichs der Bundesrepublik Deutschland</u>	46
2.1. Die materielle Ausgestaltung des horizontalen Länderfinanzausgleichs	46
2.1.1. Die originäre Steuerverteilung als korrekturbedürftiger Ausgangsbestand	46
2.1.1.1. Die Verteilung der Gesetzgebungskompetenz	47
2.1.1.2. Die Verteilung der Verwaltungskompetenz	48
2.1.1.3. Die Verteilung der Ertragskompetenz	49
2.1.2. Die stufenweise Angleichung der Deckungsrelationen	56
2.1.2.1. Der Begriff der Deckungsrelation	57
2.1.2.2. Die Messung der originären Finanzkraft	58
2.1.2.3. Die Messung des Finanzbedarfs	64
2.1.2.4. Die stufenweise Angleichung der Deckungsrelationen	67
2.1.3. Das Ergebnis der stufenweisen Angleichung der Deckungsrelationen	72
2.1.4. Weitere horizontale Ausgleichselemente	73
2.1.5. Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts bewirkte Veränderungen	74
2.1.5.1. Veränderungen bei der Steuerkraftmessung	74
2.1.5.2. Veränderungen bei der Finanzbedarfsmessung	76
2.1.5.3. Veränderungen des Ausgleichsgrades und der Ausgleichssystematik des FAG a.F.	77

2.2. Die materielle Ausgestaltung des vertikalen Länderfinanzausgleichs	79
2.2.1. Die nach dem horizontalen Länderfinanzausgleich bestehenden Deckungsrelationen als Ausgangstatbestand	79
2.2.2. Die Bemessung der Ausgleichszuweisungen des Bundes an die Länder (Bundesergänzungszuweisungen)	82
2.2.3. Das Ausgleichsergebnis	85
2.2.4. Weitere vertikale Ausgleichselemente	87
2.2.5. Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts bewirkte Veränderungen des vertikalen Länderfinanzausgleichs	92
2.2.6. Der Strukturfonds als neues Element des vertikalen Länderfinanzausgleichs?	94
3. Einordnung des materiellen Länderfinanzausgleichs in die Systematik des Finanzausgleichs i. w. S.	96
3.1. Zusammenfassende Darstellung der Regelungen des Länderfinanzausgleichs	96
3.2. Im Länderfinanzausgleich berücksichtigte Sonderbedarfe	100
3.2.1. Im horizontalen Länderfinanzausgleich berücksichtigte Sonderbedarfe	100
3.2.2. Im vertikalen Länderfinanzausgleich berücksichtigte Sonderbedarfe	102
3.2.3. Zusammenfassende Beurteilung der im Länderfinanzausgleich berücksichtigten Sonderbedarfe	103
<u>Teil III: Theoretische Beurteilung und finanzausgleichstechnische Behandlung von Bedarfsunterschieden zwischen Gebietskörperschaften</u>	106
<u>1. Der Bedarf von Gebietskörperschaften</u>	106
<u>2. Ökonomische Beurteilung von Bedarfsunterschieden zwischen Gebietskörperschaften</u>	109
2.1. Allokative Beurteilung von Bedarfsunterschieden zwischen Gebietskörperschaften	109
2.1.1. Allokationswirkungen unausgeglichener Deckungsrelationen	109
2.1.2. Grundsätzliche Beschränkung auf den Ausgleich extern verursachter Bedarfsunterschiede	111
2.1.3. Allokative Begründung eines ausnahmsweisen Ausgleichs intern verursachter Bedarfsunterschiede	116
2.2. Distributive Beurteilung von Bedarfsunterschieden zwischen Gebietskörperschaften	117
2.2.1. Distributionswirkungen unausgeglichener Deckungsrelationen	117
2.2.2. Grundsätzliche Beschränkung auf den Ausgleich extern verursachter Bedarfsunterschiede	119
2.2.3. Distributive Begründung eines ausnahmsweisen Ausgleichs intern verursachter Bedarfsunterschiede	120
2.3. Zusammenhänge zwischen allokativ und distributiv begründetem Sonderbedarfsausgleich	121
2.4. Politische Bestimmung der Ausgleichsrelevanz von Bedarfsunterschieden	125
2.4.1. Politische Auffassungsunterschiede über die Steuerbarkeit von Bedarfsfaktoren	125
2.4.2. Die Bestimmung der Ausgleichsrelevanz im Spannungsverhältnis zwischen Allokations- und Distributionszielen	128
2.4.3. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Urteil der Finanzausgleichstheorie	131
<u>3. Zusammenfassung</u>	135

<u>Teil IV: Die Operationalisierung bedarfsorientierter Finanzausgleichsverfahren zwischen Gebietskörperschaften</u>	137
<u>1. Methoden zur Quantifizierung des ausgleichsrelevanten Bedarfs von Gebietskörperschaften</u>	137
1.1. Die Ex-Ante-Quantifizierung	137
1.2. Die Ex-Post-Quantifizierung	142
1.3. Kombination aus Ex-Ante- und Ex-Post-Quantifizierung	147
<u>2. Die Bestimmung der Ausgleichsbeteiligten und der Ausgleichsrichtung</u>	152
2.1. Die Bestimmung der Ausgleichsbeteiligten	152
2.1.1. Ausgleichsbeteiligte bei suboptimaler Regelung des originären passiven Finanzausgleichs	152
2.1.2. Ausgleichsbeteiligte bei suboptimaler Regelung des originären aktiven Finanzausgleichs	154
2.2. Die Bestimmung der Ausgleichsrichtung	158
<u>3. Die technische Ausgestaltung bedarfsorientierter Finanzausgleichsverfahren</u>	161
3.1. Auflagegebundener oder auflagenfreier Ausgleich	162
3.1.1. Der an Empfangsaufgaben gebundene Ausgleich	162
3.1.2. Der an Verwendungsaufgaben gebundene Ausgleich	166
3.1.3. Der an Eigenbeteiligungsaufgaben gebundene Ausgleich	170
3.1.4. Zusammenfassung zur Auflagenbindung bedarfsorientierter Ausgleichsverfahren	172
3.2. Der Regelbindungsgrad des Ausgleichs	174
3.3. Abstrakter oder konkreter Ausgleich	177
3.4. Monetärer oder realer Ausgleich	180
3.5. Direkter oder indirekter Ausgleich	182
3.6. Zusammenfassung zur technischen Ausgestaltung bedarfsorientierter Finanzausgleichsverfahren	185
<u>Teil V: Folgerungen für den materiellen Länderfinanzausgleich der Bundesrepublik</u>	
<u>1. Vorgehensweise zur Einbeziehung konkreter Sonderbedarfe in die Elemente des materiellen Länderfinanzausgleichs</u>	187
1.1. Ein Katalog potentieller Sonderbedarfe	187
1.2. Systematische Anwendung des Kriterienkatalogs auf potentielle Sonderbedarfe	189
<u>2. Die verfassungsrechtlichen Möglichkeiten und Grenzen eines Ausgleichs von Sonderbedarfen der Länder</u>	194
2.1. Eine Typologie denkbarer Ausgleichsbeziehungen	194
2.2. In der Finanzverfassung geregelte Ausgleichsbeziehungen	201
2.3. Aus der Gegenüberstellung denkbarer und in der Finanzverfassung geregelter Ausgleichsbeziehungen ersichtliche Regelungsdefizite	206
2.3.1. Der nicht geregelte Ausgleich auftraggebundener Transfers innerhalb der Länderebene	206
2.3.2. Die ausschließlich von oben nach unten gerichteten vertikalen Ausgleichsbeziehungen	209
2.3.3. Die Dominanz des direkten horizontalen Länderfinanzausgleichs gegenüber dem vertikalen Länderfinanzausgleich mit horizontalem Effekt	211
<u>3. Abschließende Bemerkungen</u>	215
Literaturverzeichnis	217
Tabellenanhang	229